

Auf der Suche nach emanzipatorischen Perspektiven

Bericht über Workshop des "Forum Arbeitswelten"

"Gewerkschaften und gewerkschaftliches Handeln der Lohnabhängigen in China – Wo zeigen sich emanzipatorische Perspektiven?", so lautete der Titel des Diskussionsworkshops, zu dem das "Forum Arbeitswelten e.V." vom 14.-15. März 2014 nach Bochum eingeladen hatte. Das Netzwerk, das sich seit 2011 auch als Verein konstituiert hat, widmet sich seit seinen Anfängen 2005 der Entwicklung und Pflege von Basiskontakten in den Arbeitswelten Chinas und Deutschlands. Zwar ist in den letzten Jahren ein zunehmendes öffentliches Interesse an den Entwicklungen in China zu beobachten, viele Medien haben Korrespondenten im Land, und es gibt mittlerweile auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene mehr oder weniger etablierte institutionelle Verbindungen. Doch nach wie vor nimmt sich der Austausch über die "Arbeitswelten" eher bescheiden aus, und hier wiederum bleibt er im Wesentlichen beschränkt auf Unternehmensführungen, Consultants sowie „Experten“ oder Funktionäre der internationalen Gewerkschafts-Abteilungen im Tandem mit der Friedrich Ebert Stiftung. Es gibt nur wenige bewusst „gewerkschaftliche“ Basiskontakte, obwohl Tausende deutscher Mittel- und Großbetriebe in einer arbeitsteiligen, international organisierten Produktion eng mit Firmen und/oder „Tochterunternehmen“ in China zusammen arbeiten, sei es als Lieferanten oder Wareneinkäufer, – ganz abgesehen von der großen Zahl Konsumgüter aus China, die täglich durch die Hände von VerkäuferInnen über die Ladentische in Deutschland gehen.

Stand daher bislang die Entwicklung von direkten Kontakten im Rahmen von Austauschreisen nach China und Begegnungen mit chinesischen Gästen in Deutschland im Zentrum der "Forums"-Aktivitäten, hatte sich das Forum diesmal ein neues Format gegeben. Es ging um die Verbreiterung bzw. Intensivierung von Kontakten zu denjenigen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, die hierzulande und im deutschsprachigen Ausland zu Arbeitsverhältnissen und gewerkschaftlichen Fragen in China arbeiten. Eingeladen waren, über die Trägerorganisationen des Forums hinaus (Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene, Labournet, express, TIE-Bildungswerk und Globalization Monitor in Hongkong), auch Betriebsräte und KollegInnen verschiedener Einzelgewerkschaften, SinologInnen, GewerkschaftsforscherInnen und –beraterInnen.

Am Freitag standen zunächst Berichte und Eindrücke der letzten Austauschprogramme auf der Tagesordnung: Kirsten Huckenbeck schilderte die quer durch die Nationalitäten verlaufenden Kontroversen im Rahmen einer Konferenz zum Thema "Prekarierte Arbeit – geteilte Solidarität? Neue und alte Arbeiterklasse in China – Leiharbeit in Deutschland", an der VertreterInnen von GM und des "Forschungsnetzwerks chinesischer ArbeiterInnen" teilgenommen hatten. Ingeborg Wick berichtete über eine Reise, die das Forum im Frühsommer 2013 organisiert hatte und in deren Verlauf Gespräche mit GewerkschafterInnen, NGOs und WanderarbeiterInnen in Beijing, Wuhan, Suzhou, Guangzhou und Hongkong stattfanden. (S. auch express, Nr. 12/2013 und 1/2014).

Für den Samstag waren Daniel Fuchs (Uni Wien) und Rolf Geffken (Arbeitsrechtler, Icolair-Institut Hamburg) als Referenten eingeladen. Sie konnten anknüpfen an eine lebhaft und anregende Diskussion, die sich am Vorabend entlang zweier Filme entwickelt hatte: der Arte-Dokumentation "Die neuen freien Gewerkschaften" über die Streiks und sich herausbildenden unabhängigen, gewerkschaftsähnlichen Netzwerke der WanderarbeiterInnen und der Dokumentation "Red Dust", die den Kampf der ArbeiterInnen gegen den Batteriehersteller Gold Peak infolge ihrer Kadmiumvergiftungen festhält – nebenbei: mit dem 'kleinen' Erfolg, dass das hochgiftige Cadmium heute in der Produktion bei GP nicht mehr verwendet wird.

Die Frage nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten in den Kapitalstrategien und der Bedeutung tendenziell steigender Löhne und wachsenden Rechtsbewusstseins der (Wander-)ArbeiterInnen spielte in der Debatte ebenso eine Rolle wie die nach unabhängigen gewerkschaftlichen Entwicklungen inner- und außerhalb der Staatsgewerkschaft ACFTU und ihrer sog. Betriebsgewerkschaften, aber auch nach der Übertragbarkeit von Management- ebenso wie von Interessenvertretungs-Konzepten – insbesondere des deutschen Modells von gewerkschaftlicher Sozialpartnerschaft und Betriebsräten – und deren Grenzen. Nicht zuletzt ging es auch um die Konsequenzen von Privatisierungen, Änderungen der Eigentumsordnung (Boden-Reform) und der Migrationspolitik (Reformen des Hukou-Systems mit daran hängenden Sozialversicherungsansprüchen), die das dritte Plenum der chinesischen KP beschlossen hatte. Angesichts der rasanten gesellschaftlichen Veränderungen, darin waren die TeilnehmerInnen sich einig, ist keineswegs ausgemacht, ob das chinesische Wirtschaftswunder die Hoffnungen trägt, die hierzulande viele Investoren und Wirtschafts-Auguren in diesen Markt setzen. Denn: "Es gärt in den Fabriken", wie Peter Franke bemerkte, auch und gerade wegen der eigentlich zu Befriedigungszwecken geschaffenen verbesserten (Beschwerde-) Rechte im Rahmen des Arbeitsvertragsgesetzes, und es ist unklar, ob die vorhandenen Sozialversicherungssysteme den gestiegenen Ansprüchen und Bedürfnissen der zweiten und dritten Generation der WanderarbeiterInnen, die längst nicht mehr so mobil sind wie ihre Eltern, konzeptionell gewachsen sind. Doch entwickeln sich aus solchen Widersprüchen eher individuelle Kämpfe um's Recht, bleibt es bei den oft beschriebenen "spontanen" *mass incidents* (also "Vorkommnissen", die der chinesischen Regierung in irgend einer Weise als Unruhe statistisch bemerkenswert erscheinen) oder entwickeln sich kollektive Formen, die sich vielleicht sogar verstetigen und solidarischen Charakter annehmen? Und welche Rolle spielt dabei der staatsgewerkschaftliche Dachverband ACFTU angesichts der vorsichtigen Erweiterungen von Interessenvertretungsrechten, mit denen die chinesische Regierung Proteste zu kanalisieren und stabile Voraussetzungen für ihren Wachstumskurs zu schaffen versucht? Bleibt er Vehikel zur Befriedung sozialer Konflikte und damit – anders als die Vertreter des Staatssozialismus meinten – "Transmissionsriemen" zwischen Partei- und Managementinteressen einerseits und Beschäftigteninteressen andererseits? Verändert er sich nolens volens im Zuge der Verrechtlichung von Arbeitskonflikten? Oder versinkt er in der Bedeutungslosigkeit, während soziale Konflikte um die Arbeitsverhältnisse sich neben und unabhängig von ihm eigene Artikulationsformen suchen?

Auf die Frage "Formiert sich eine neue Arbeiterklasse" hatte Daniel Fuchs eine klare und zugleich differenzierte Antwort in seinem Referat über "Arbeitskämpfe in China seit den 1980er Jahren – gegen Zerschlagung der eisernen Reisschale und moderne Fabrikarbeit" Fuchs ist Mitarbeiter des seit 2008 bestehenden Kollektivs Gongchao (gongchao.org), das sich – aus Wildcat-Zusammenhängen hervorgegangen – die Analyse von Klassenauseinandersetzungen in China und vor allem die Aufgabe, chinesische Texte für EuropäerInnen durch Übersetzung zugänglich zu machen, vorgenommen hat. Zuletzt erschienen hier zwei Bücher von Ralf Ruckus in Kooperation mit der chinesischen Forscherin Pun Ngai und ihren MitarbeiterInnen, die in der Tradition der "eingreifenden Untersuchungen" stehen (z.B. *iSlaves – Ausbeutung und Widerstand in Chinas Foxconn-Fabriken*, Wien 2013).

Ausgangspunkt des Referats war die Feststellung, dass sich seit 1978 ein kontinuierlicher Anstieg von Streiks feststellen lasse, auch wenn, wie Fuchs betonte, die quantitative Erfassung schwierig, die methodischen Grundlagen nicht transparent und die Daten entsprechend mit Vorsicht zu interpretieren seien. Lt. offiziellen Angaben chinesischer Behörden sei die Zahl von "Massenvorfällen" von 11.000 im Jahr 1993 über 87.000 im Jahr 2005 auf 180.000 im Jahr 2010 gestiegen. Davon handele es sich in rund 30 Prozent der Fälle

um Streiks, der überwiegende Teil betreffe Proteste gegen Landenteignungen, Umsiedlungen etc.

Für diesen Anstieg und seine These einer Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse machte Fuchs fünf "Argumente" geltend: die Restrukturierung durch privatisierungsbedingte Entlassungen; die Semiproletarisierung von *migrant workers* (lt. offizieller Statistik 263 Mio.), die mittlerweile 60 Prozent der erwerbstätigen Stadtbevölkerung ausmachten; der Umstand, dass seit 2000 die Mehrheit der industriellen Konflikte von *migrant workers* statt von Beschäftigten der Staats- und Kollektivunternehmen getragen werde; der Generationswechsel innerhalb der WanderarbeiterInnen, also etwa zunehmende Sesshaftigkeit; schließlich die völlige Irrelevanz der Gewerkschaften für Arbeitskämpfe – es gebe, schon aus rechtlichen Gründen, schlicht nur „wilde Streiks“. Daran werde sich auch nichts ändern, so seine Einschätzung. Statt Hoffnungen in eine Reform des ACFTU zu setzen, gelte es vielmehr, einen Ansatz, wie ihn Beverly Silver und Eric Olin Wright verträten, zu verfolgen und die unterschiedlichen "Machtressourcen" der Arbeiter in den Blick zu nehmen, die sich aus dem Verhältnis von konjunkturellen Entwicklungen und Produktionsmacht ergäben.

Seine fünf Argumente verdeutlichte Fuchs anhand der Unterscheidung von fünf Phasen der Kämpfe:

- Phase 1: 1978-89: Aufstände städtischer ArbeiterInnen wegen stagnierender Löhne seit der Kulturrevolution und die Angst der KP vor dem Vorbild Solidarnosc führten dazu, dass das Streikrecht 1982 aus der Verfassung gestrichen und Individualarbeitsverträge eingeführt wurden. In Folge einer sich verbreitenden Jobunsicherheitspanik und steigender Inflation kam es 1989 zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften in Beijing und 15 weiteren Städten. Beendet worden sei diese Phase mit der Zerschlagung der primär von ArbeiterInnen getragenen Demokratiebewegung und der Aufstände am 4. Juli 89.
- Phase 2: 1992-2002: Erst mit Dengs „Reise in den Süden“ habe sich, zunächst in den exportorientierten Sonderwirtschaftszonen der Küstenprovinzen, ein qualitativer Sprung Richtung Weltmarktöffnung und Marktwirtschaft vollzogen. Die fortgesetzte und forcierte Privatisierung habe parallel dazu zum Abbau von rund 50 Mio. Stellen und damit auch zur Erosion des Systems der "Eisernen Reisschüssel" (der betrieblich organisierten sozialen Sicherungssysteme) geführt. Gleichzeitig sollten die hundert wichtigsten Unternehmen in Staatshand bleiben ("Die Großen festhalten, die Kleinen loslassen"). Aufstände habe es auch in dieser Zeit gegeben, doch blieben die Proteste gegen die Privatisierung und die soziale Entsicherung relativ erfolglos – auch weil die Regierung für Entlassene ein Programm geschaffen hatte, das eine bezahlte dreijährige Freistellung nach Privatisierung vorsah. Parallel dazu kam es zu Protesten der WanderarbeiterInnen, vor allem im Perlflossdelta, die sich primär an Arbeitssicherheitsproblemen, u.a. einer Vielzahl von Fabrikbränden, an der zerfallenden Infrastruktur (Verlust der Danweis), an Konkursen und Entschädigungszahlungen entzündeten.
- Phase 3: 2003-2007: Die *migrant workers* in den Küstenregionen werden zum "zentralen Subjekt der Kämpfe". Fuchs skizzierte hier eine Entwicklung vom „zellulären Aktivismus“ (Ching Kwan Lwee 2001; ein Begriff, der betriebsbezogene bzw. räumlich beschränkte Auseinandersetzungen um Rechtsverletzungen bezeichnen soll) hin zu offensiven Forderungen nach Lohnerhöhungen, einer Reform betrieblicher Interessenvertretungen bis hin zu autonomen Interessenvertretungen und Streiks. Neu seien auch Phänomene wie solidarische Geldsammlungen, kollektive Gerichtsbesuche oder "Copy Cats" (Nachahmer-Streiks) gewesen, die betriebsübergreifend durch neue Medien wie QQ oder WeChat verbreitet worden seien. Mit dazu beigetragen habe der Arbeitskräftemangel in den Exportzonen der Küstenregionen.
- Phase 4: 2008/09: Als Reaktion auf die Vielzahl wilder Proteste und das Erstarken der ArbeiterInnen sei das Arbeitsvertragsgesetz eingeführt worden, das nachweislich zu einer

Zunahme von Klagen, Schlichtungs- und Schiedsfällen geführt habe. Gleichzeitig kam es im Zuge der Weltwirtschaftskrise auch in China zu Schließungen und Entlassungen (geschätzte 20 – 40 Mio. WanderarbeiterInnen seien zurück auf's Land gegangen) und zum Einfrieren der Mindestlöhne.

- Phase 5: Ab 2010 schließlich lasse sich ein ökonomischer Aufschwung insbesondere in den Exportindustrien konstatieren, mit dem sich die Tendenz zu offensiveren Forderungen fortgesetzt habe und als deren profiliertester Ausdruck der Honda Nanhai-Streik mit seiner Forderung nach selbst gewählten Interessenvertretungen und höheren Löhnen auch für sog. "Trainees" gelten könne.

In seinen abschließenden Bemerkungen zeigte sich Fuchs skeptisch hinsichtlich der Frage, ob es der chinesischen Regierung gelingt, die Gewerkschaften als staatlich kontrollierte Regulierungsinstanz zu stärken und durch eine Verrechtlichung zu einer Stabilisierung der Arbeitsbeziehungen beizutragen. Dies setze voraus, dass die Binnenproduktion und -nachfrage gestärkt werde und so als Wachstums- und Integrationsversprechen funktioniere. Derzeit dominiere aber vor allem die exportorientierte Industrie. Zugleich sei bislang aber nicht absehbar, dass sich aus der Vielzahl spontaner Proteste, von denen nur ein Bruchteil im Ausland bekannt werde, stabilere, nachhaltige Formen der Organisation von Kämpfen entwickelten. Insgesamt, so hielt Fuchs fest, bestehe im Hinblick auf die Frage der Zusammensetzung der Arbeiterklasse und auf die 'Protestlandschaft' noch viel Forschungsbedarf.

Aufklärungsbedürftig war für einige TeilnehmerInnen der Zusammenhang zwischen der Lohnhöhe in Exportindustrien und standortgebundener Dienstleistungsökonomie, da etwa der exportorientierte Maschinenbau oder die Autoindustrie hierzulande eher als relative Hochlohnbereiche gelten, während Dienstleistungen überwiegend zu den Niedriglohntätigkeiten zählen. Fuchs konkretisierte seine These zum Misslingen des Wachstumskurses, indem er darauf hinwies, dass der Wert der Leichtindustrieexporte Chinas im Zeitraum 2001 bis 2008 um rund 600 Prozent gestiegen sei, während auch in Staatsunternehmen und Kollektivbetrieben eine Zunahme von Leiharbeit und migrantischer Arbeit festzustellen sei.

Auf die Grenzen von Vergleichen, gar von Gleichsetzungen machte Rolf Geffken gleich zu Beginn seines Beitrags über "Die Rolle des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes: Vertreter der ArbeiterInneninteressen oder Schlichter zwischen Kapital und Lohnarbeit?" aufmerksam und schloss damit an Daniel Fuchs an: Gewerkschaften und Streiks seien keineswegs eine notwendige Einheit, schon gar nicht in China. Hier lasse sich vielmehr an Marx erinnern, der Streiks und Gewerkschaften als "dialektische Beziehung" und den "eentlichen Erfolg" gewerkschaftlicher Kämpfe in der Zielperspektive einer „umfassenden Organisierung“ gesehen habe. Bei der Huhn-Ei-Frage, ob erst Gewerkschaften Streiks oder erst Streiks Gewerkschaften möglich machen, müsse er, auch und gerade als Anwalt, darauf hinweisen, dass das Recht sich durchaus nicht nur als Vehikel, sondern auch als Hemmschuh erweisen könne. Er illustrierte dies mit einem Bonmot des Arbeitsrechtlers Chang Kai, der auch beratend beim Arbeitsvertragsgesetz und im Honda-Streik mitgewirkt hatte: "Nach der Verfassung von 1954 dürfen die Volksmassen streiken, weil es a) nicht verboten und b) nicht verhinderbar ist."

Seine Schlussfolgerung und zugleich Forderung: "Freie Gewerkschaften als Prinzip und die Forderung nach einem Streikrecht nützen uns wenig. Es muss darum gehen, die Gewerkschaften zurückzuholen in ihre eigentliche Funktion und Freiräume für Gewerkschaftskomitees an der Basis einzufordern und zu erkämpfen." Der ACFTU entspreche dem Begriff und "eentlichen" Funktion einer Gewerkschaft nicht, wenn man allgemeine Kennzeichen von Gewerkschaften zugrunde lege:

- Streik- und Organisationsfähigkeit
- Gegnerfreiheit und Klassenvertretung
- Demokratische Struktur
- Selbsthilfefunktionen
- Politische Autonomie

Und nur ansatzweise nehme der ACFTU praktische Aufgaben wahr, die Gewerkschaften typischerweise erfüllen:

- Tarifverhandlungen/-verträge – allerdings nur auf betrieblicher Ebene,
- Rechtsvertretung und –beratung – mehrheitlich leisteten dies aber NGOs,
- Schulungen – meist jedoch nur zu beruflicher Bildung, selten für die Wahrnehmung von Gewerkschaftsfunktionen.

Zu den Ursachen dieser Entwicklung gab Geffken einen kurzen Abriss der historischen Entwicklung von Gewerkschaften in China: Demnach befanden sich diese nach der Kulturrevolution zunächst einmal in einem rechtlichen und organisatorischen Nirwana: kein Recht, keine Anwälte, keine Richter mehr. In dieser Situation übernahmen oft ehemalige Militärs die Rolle von „Barfußanwälten“, die auch heute noch wichtige Gewerkschaftsaufgaben übernahmen und die man, so Geffken, nicht grundsätzlich abschaffen sollte.

Das erste Gewerkschaftsgesetz wies den Gewerkschaften dann, wie in anderen staatssozialistischen Ländern auch, die Aufgabe der Förderung der Produktion zu. Nach der „Öffnung“ kümmerten sie sich um Armutshilfe, Arbeitsvermittlung der entlassenen Privatisierungsoffer, Betriebsfeiern und andere betriebliche Integrationsmaßnahmen, waren zugleich jedoch auch an der Gesetzgebung beteiligt. In den Staatsbetrieben gab es Organe der Schlichtung, allerdings ohne klare Schlichterkompetenzen oder explizite Schiedsgerichte, und Belegschaftsvertretungen, die jedoch rechtlich in keiner Weise mit deutschen Betriebsräten vergleichbar seien. Als relativ neue Entwicklung hielt Geffken fest, dass der ACFTU sich mittlerweile auch als Vertretung der Wanderarbeiter versteht und dass in den Betrieben gewerkschaftliche Basiskomitees entstehen.

Bei allem Zentralismus und aller Funktionalisierung des ACFTU als verlängertem Arm der Partei auf betrieblicher, lokaler, regionaler und nationaler Ebene dürfe jedoch nicht übersehen werden, dass der Durchgriff der Partei seine Grenzen in der schieren Vielzahl und relativen Selbständigkeit der unteren Interessenvertretungsebenen finde. Quer zum direktiven Kontrollinteresse stehe auch das Günstigkeitsprinzip, das regionale tarifliche Regelungen über allgemeine gesetzliche Regelungen auf nationaler Ebene stelle, wobei die experimentelle Öffnung für selbst gewählte Interessenvertretungen auf Unternehmensebene mitunter durchaus auch mit expliziter Förderung der Partei erfolge. So etwa im Falle der bekannt gewordenen WalMart-Gewerkschaften, die mit der Abneigung Hu Jintaos gegenüber US-Konzernen zu tun habe. Insgesamt sei festzuhalten, dass der Widerstand gegen die "Reformen" des Arbeitsvertragsgesetzes von 2008 weniger aus KP-Kreisen als vor allem von europäischen und US-Lobbyisten artikuliert worden sei. Im Gegenteil: Die mit dem Arbeitsvertragsgesetz angestrebte und von einer Regierungskampagne propagandistisch begleitete Stärkung des individuellen Rechtsbewusstseins habe sich womöglich als Bumerang erwiesen: Statt einer Kanalisierung wilder Proteste durch Iuridifizierung habe sich im Effekt eine Stärkung und Ermutigung der ArbeiterInnen, auch zu kollektiven Aktionsformen zu greifen, eingestellt.

Auch wenn also sämtliche Interessenvertretungsstrukturen des ACFTU nach wie vor der Anerkennung durch die Partei bedürften, gebe letztlich die spezifische Situation in den Betrieben den Ausschlag: Bei den Streiks spielten oft die unteren Vorgesetzten, vergleichbar den deutschen Meistern, eine wichtige Rolle: Sie seien involviert in die Betriebs- und Arbeitsabläufe, informiert über betriebsinternes Konfliktpotential, etwa

Lohnungerechtigkeiten, und hätten oft eine Initialfunktion. Dass Streiks und Proteste gleichwohl meist nicht nach außen dringen, sich also etwa als Streikposten vor dem Werktor oder Demonstration nach deutschem Muster zeigten, hänge damit zusammen, dass Demonstrationen ungesetzlich seien – anders als Aktionen im Betrieb, z.B. Betriebsbesetzungen, die eher toleriert würden.

Perspektivisch ging Geffken davon aus, dass eine landesweite Reform des ACFTU 'von oben' oder gar Koalitionsfreiheit derzeit nicht absehbar sei – das Trauma der polnischen Entwicklung mit Entstehung der Solidarnoc z sitze zu tief in der KP. Die Übertragung deutscher Interessenvertretungsstrukturen, konkret des derzeit in China viel diskutierten Betriebsrätemodells, hielt Geffken angesichts der damit verbundenen Beschneidungen (Friedenspflicht etc.) nicht für sinnvoll. Am Aufbau von gewerkschaftlichen Basiskomitees des ACFTU in den Betrieben führe daher kein Weg vorbei. Die Änderung der Kräfteverhältnisse stellte er sich als "langen, alternativlosen Prozess vor, der sich aus einem dialektischen Verhältnis von Arbeitskämpfen, praktischer Aneignung des Streikrechts und Kollektivverträgen" entwickle. Dazu gehöre auch ein Rückgriff auf historische Erfahrungen, etwa das Streikrecht der 50er Jahre.

In der Diskussion über die Beiträge stand erwartungsgemäß die Einschätzung der Reformierbarkeit des ACFTU und die Übertragung des Betriebsrätemodells im Vordergrund. So bezweifelte Bodo Zeuner auf Basis seiner Kenntnisse und Gespräche mit chinesischen GewerkschafterInnen und AktivistInnen, dass dies keine relevante Option gerade auch aus Perspektive der KP und des ACFTU sei, machte aber zugleich deutlich, dass die Bedeutung des ACFTU in deutschen Gewerkschaften überschätzt werde: Nur ein Bruchteil der Mitglieder wisse überhaupt, dass sie Mitglieder der Gewerkschaft seien. Für Wolfgang Schaumberg war die Frage nach einer Reform bestehender vs. Entwicklung unabhängiger Gewerkschaften entscheidend mit dem Kriterium der "Mächtigkeit" verbunden. Rechte, so hielt er fest, fielen nicht 'vom Himmel', sondern würden immer erkämpft. Zugleich erwiesen sich auch erkämpfte, etablierte Rechte als Hemmschuh, wie er mit Verweis auf die "Entmächtigung" durch das Mitbestimmungsgesetz deutlich machte. Insofern wandte er sich auch gegen allzu schlichte Vorstellungen einer Übertragung von Modellen, wie sie derzeit in Expertengremien der Gewerkschaften oder der FES vertreten würden. Daniel Fuchs griff die Orientierung am Streikrecht der 50er-Jahre auf und bezweifelte, dass die Geschichte des ACFTU überhaupt positive Bezüge und Anknüpfungsmöglichkeiten beinhalte. Abgesehen davon, dass Gewerkschaften in den 50er-Jahren keinerlei Bedeutung gehabt hätten, sei die Entwicklung des ACFTU eine bis heute andauernde "Geschichte der Niederlagen". Aktuelle Studien zur Häufigkeit von Streiks in Betrieben mit und ohne Tarifverträge zeigten, dass dieses Kriterium keine Rolle spiele, man könne also bestenfalls von der Bedeutungslosigkeit des ACFTU ausgehen. Rolf Geffken präzierte seine These zur Reform des ACFTU 'von unten', indem er klar machte, dass der Dachverband auf die Zunahme unabhängiger Streiks reagieren müsse – auch wenn er diese aus Gründen des institutionellen Machterhalts nicht unterstütze. Jing Lin, wissenschaftlicher Mitarbeiter des VW-Gesamtbetriebsrats, machte die TeilnehmerInnen freundlich auf eine Implikation dieser Diskussion und der Rede von Emanzipationspotenzialen aufmerksam: Dieser Blick von außen unterstelle eine Rückständigkeit der Entwicklungen in China, die er so nicht sehe. In der Tat, so ergänzte Fritz Hofmann, sei die Vorstellung "Wir emanzipieren die ChinesInnen" unsinnig. Wenn der ACFTU sich jedoch als Gewerkschaft bezeichne, obwohl er diese Aufgabe nicht wahrnehme, stelle sich sehr wohl aus hiesiger Sicht die Frage, mit wem die Zusammenarbeit zu suchen sei, wer Ansprechpartner für die Förderung eines Austauschs über politische und gewerkschaftliche Entwicklungen sei. Der ACFTU nur "eine leere Hülle?" – Dirk Linder, Mitglied des Euro-BR bei Osram/Siemens und eines von der IGM getragenen

Gewerkschaftsnetzwerks bei Siemens, berichtete in diesem Zusammenhang über eine Konferenz in Shanghai mit chinesischen Betriebsgewerkschaften, die sich als wenig arbeitgebergesteuert erwiesen hätten. Für das "Forum Arbeitswelten" sind solche unternehmensbezogenen Netzwerke und entsprechende Kontakte zwischen Beschäftigten in China und Deutschland ein wichtiger Bezugspunkt, wie Sabine Ferenschild vom Südwind-Institut festhielt. Informationen über bereits existierende Verbindungen gilt es zu systematisieren, entsprechende Kontakte zu vertiefen, so das Zwischenfazit zu den weiteren Vorhaben des "Forum Arbeitswelten".

In der Abschlussrunde mit den beiden Referenten wurde deutlich, dass die Beiträge sich nicht so sehr in der Beurteilung der Zustände unterschieden, auch wenn es unterschiedliche Perspektiven (hier der operativ inspirierte Arbeitskampf-Forscher, dort der auf Institutionen wie Kollektivverträge blickende Arbeitsrechtler) gab. Einhellig war die Einschätzung, dass die chinesischen ArbeiterInnen selbstbewusster und kampfbereiter auftreten, dass die „Wanderarbeiter“ der zweiten und dritten Generation sich zunehmend weniger mobil zeigen, sondern sich dauerhaft an ihren Arbeitsorten niederlassen und damit auch mehr "Marktmacht" haben und dass auch die bisherige Spaltung in Beschäftigte (ehemaliger) Staatsunternehmen und MigrantInnen vom Land sich verringert – nicht zuletzt in der Folge einer zunehmenden Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen (etwa nach dem Muster der deutschen Leiharbeit), die sich durch unterschiedliche Unternehmenstypen ziehe. Einigkeit bestand auch darin, dass die Vertretungsinstitutionen und Organisationsformen der Arbeitenden innerhalb und außerhalb des ACFTU nicht so bleiben können, wie sie sind. Keiner der Anwesenden hielt es für hilfreich, „bessere Ideen“ aus dem Westen von außen an die Akteure in China heranzutragen. Die Aufgabe einer kritischen Öffentlichkeit hierzulande ebenso wie im Austausch mit chinesischen Kooperationspartnern bestehe vielmehr darin, weiterhin zu widersprechen und zu relativieren, wenn das deutsche System der Sozialpartnerschaft insgesamt als Modell betrachtet wird. Unterschiede wurden deutlich bei den erwarteten und erhofften Zukunftsperspektiven: Während Daniel Fuchs auf eine Ausweitung der Arbeiterkämpfe setzte, ohne die Frage nach der Verstetigung und überbetrieblichen Organisation beantworten zu können, hielt Rolf Geffken den Weg des Umkämpfens des ACFTU von der betrieblichen Basis her für derzeit alternativlos, wengleich dessen Erfolgchancen ebenfalls im Dunkeln blieben. Er kritisierte am Ende den Mangel einer offiziellen Vernetzung des DGB mit dem ACFTU. Hier ist die bisherige Austauschpraxis des "Forum Arbeitswelten" in der Tat weiter, wenn es seine GesprächspartnerInnen in China wie in Deutschland nicht nach dem Kriterium institutioneller Zugehörigkeit, sondern nach der Offenheit in der Diskussion über kritische Entwicklungen hier wie dort aussucht. Dass dies mit dem aktuellen Workshop gelungen sei und daran auch weiterhin ein Interesse besteht, war ein wichtiges Ergebnis der Tagung. Die Idee thematischer Schwerpunkt-Tagungen soll, ebenso wie der grenzüberschreitende Austausch, fortgesetzt werden. Dazu hat sich das Forum eine Menge vorgenommen: von Geschichtswerkstätten mit chinesischen und deutschen TeilnehmerInnen in China über die Vernetzung von Beschäftigten in deutschen Unternehmen mit chinesischen Niederlassungen, einer neuen Publikation bisheriger Aktivitäten und Debatten, um die verstreuten Informationen systematischer öffentlich zugänglich zu machen, bis zu einem Begegnungsprogramm, das speziell die Arbeitsbedingungen von Frauen in China und Deutschland thematisieren soll.

Kirsten Huckenbeck / Bodo Zeuner